# Zusammenarbeit ja, Fusion nein

An der Bürgerversammlung in Rorschach gaben die Gemeinde- und Verwaltungsdienste Region Rorschach zu reden.

**Jacqueline Schilling**

269 Rorschacherinnen und Rorschacher haben am Dienstag an der Bürgerversammlung teilgenommen. Das entspricht 6,4 Prozent der Stimmberechtigten. Zu reden gab an der Versammlung das Traktandum Gemeinde- und Verwaltungsdienste Region Rorschach (GVD-RR). Die Gemeinden Rorschach und Goldach wollen ein selbstständiges öffentlich-rechtliches Unternehmen gründen und künftig Verwaltungsdienstleistungen in Kompetenzzentren bündeln.

Zwar arbeiten die beiden Gemeinden heute schon zusammen, aber auf Vertragsbasis. Die GVD-RR bedeuten auch gemeinsame, gleichberechtigte Verantwortung, wie der Rorschacher Stadtpräsident Röbi Raths sagte. Die Gemeinden blieben selbstständig. Wie sein Amtskollege Dominik Gemperli in Goldach am Tag zuvor, betonte auch der Stadtpräsident Raths: «Es gibt keine Fusion.»

Gemeinsam feiern die Gemeinden am See den Nationalfeiertag. Nun wollen Rorschach und Goldach bei der Arbeit näher zusammenrücken. Bild: Tino Dietsche

### Verwaltungsdienste in Etappen erweitern

Anfang 2027 sollen die GVD-RR ihren Betrieb aufnehmen mit den Kompetenzzentren Informatik, Steuern, Bau & Umwelt und Personal. In einem weiteren Schritt – so der Plan – kommen die Bereiche Grundbuch, Betreibung und Zivilstand dazu, später Soziales.

Ob der Bereich Bau in den nächsten zwei Jahren zusammengelegt werde, wollte ein Bauunternehmer wissen. Raths' Antwort: «Ja, ab 2027». Werden die Bauämter zusammengelegt, brauche es ja nur noch einen Chef und einen Stellvertreter – enormes Sparpotenzial? Raths: Ja, aber der wirtschaftliche Erfolg komme nicht gleich mit der Zusammenlegung. Er werde und müsse aber kommen. Ein weiterer Votant wollte wissen, wie viel Geld bis zur Bürgerversammlung in drei Jahren gespart werde. Raths' Antwort: «Keine Ahnung, aber wir können eine Skala machen.» Bei der IT gehe man von einer Ersparnis von etwa 900 Franken pro Arbeitsplatz aus.

Der Rorschacher Stadtpräsident Röbi Raths. Bild: B. Manser

Die Frage, was bei einem Cyberangriff passieren würde und wer dann für den Schaden hafte, reichte Raths an Finanzchef Reto Stuppan weiter. Hochsensible Daten blieben weiterhin bei der Abraxas. Sie stelle einen grossen Teil der Fachapplikationen zur Verfügung, betreibe sie und sichere Daten. Wenn es zu einem Schaden käme, gebe es Cyberversicherungen, zudem redundante Systeme. Das grösste Risiko seien immer die, die vor dem Bildschirm sitzen. Es brauche Fachleute mit verschiedenen Kompetenzen vor Ort, auch für die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein Kompetenzzentrum mache das möglich.

Was das Personal von der Idee der GVD-RR halte, wollte ein Bürger wissen. Raths' Antwort: «Sie sind happy. Nicht ganz alle. Zwei haben gekündigt und gesagt: ‹Machen wir nicht, wollen wir nicht.› Das ist zu akzeptieren.» Und wenn sich Mitarbeiterinnen sorgen, dass sie vielleicht im neuen Dienstleistungszentrum keinen Platz mehr finden? Raths' Antwort: «Mitarbeiter stehen über allem. Niemand verliert seine Stelle.» Ob der Kanton das Projekt fördere, wenn es so innovativ ist? Raths' Antwort: «Nein – nur rhetorisch.»

Mit einzelnen Gegenstimmen sagte nach Goldach auch Rorschach Ja zum Beitritt zu den GVD-RR und genehmigte die entsprechende Vereinbarung. Zustimmung fanden auch die Jahresrechnungen 2025 und das Budget 2026.

### Badhütte-Stiftung: Urkunde offengelegt

Mit der Genehmigung des Budgets 2026 stimmten die Rorschacherinnen und Rorschacher auch der Gründung der Badhütte-Stiftung zu und der Umwidmung von 420'000 Franken zu Stiftungskapital. Wie Stadtpräsident Röbi Raths sagte, ist die Gründung der Stiftung für den folgenden Tag vorgesehen. 6,5 Millionen Franken brauche es für den Wiederaufbau, 8 Millionen seien das Ziel. Mit Beiträgen der Denkmalpflege, von privaten Spendern, Nachbargemeinden und Stiftungen soll es erreicht werden. Den Lotteriefonds erwähnte Raths speziell. Die entsprechenden Beiträge kämen im Juni vors Volk. Ohne Zahlen zu nennen sprach der Stadtpräsident, der auch im Kantonsrat sitzt, von einem «sehr erfreulichen Antrag» im Kantonsrat.

An der Bürgerversammlung legte der Stadtpräsident die Artikel 2 (Stiftungszweck) und 3 (Verwirklichung des Zwecks) der vorbereiteten Stiftungsurkunde offen.

Der Artikel 2 «Stiftungszweck» lautet: «Die Badhütte Rorschach ist ein Kulturobjekt und Wahrzeichen von überregionaler Bedeutung – ein öffentlich zugänglicher Ort am Wasser. Die Stiftung bezweckt deren Wiederaufbau, Unterhalt und Betrieb im Sinne dieser historischen Bestimmung in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Rorschach. Dazu übernimmt sie mit Zustimmung des Kantons die Konzession (wasserbauliche Sondernutzungsbewilligung). Die Stiftung finanziert ihre Aufgaben vorab durch Versicherungsleistungen, öffentliche Beiträge, finanzielle oder materielle Zuwendungen Dritter, Erträge aus dem Betrieb, Darlehen, Garantien und Bürgschaften. Sie kann sich an anderen Unternehmungen beteiligen sowie alle Geschäfte tätigen, die direkt oder indirekt mit ihrem Zweck im Zusammenhang stehen. Sie kann Grundeigentum erwerben, belasten, veräussern und verwalten.»

Zur Verwirklichung des Zwecks heisst es in Artikel 3: «Der Wiederaufbau der Badhütte erfolgt nach Massgabe des von der Stadt Rorschach erarbeiteten Projekts gestützt auf die dafür zu erteilende Baubewilligung. Der Betrieb der Badhütte erfolgt im Interesse der Bevölkerung von Rorschach, der Region und aller Besucherinnen und Besucher, die sich an die Nutzungsbestimmungen halten. Dabei hat der Badebetrieb Vorrang gegenüber weiteren Aktivitäten. Kulturelle Anlässe sind möglich. Mit dem Badebetrieb ist eine passende zeitgemässe Gastronomie zu kombinieren. Dazu kann die Stiftung Verträge aller Art abschliessen, insbesondere einen Pachtvertrag. Die Einnahmen aus dem Betrieb dienen dem langfristigen Erhalt der Badhütte und damit der Sicherstellung des gemeinnützigen Zwecks. Soweit es nicht mit anderen Mitteln der Stiftung getragen werden kann, trägt die Stadt Rorschach ein Defizit aus dem Badebetrieb.»

Die Stiftung sei ein Garant für eine neue Badhütte, sagte Raths am Dienstagabend und Richard Lehner, Präsident des Badhütte-Vereins versprach, der Verein werde «Verantwortung wahrnehmen und seine Stimme bei der Stiftung und der Stadt einbringen».

# Rorschach will keine Energiestadt mehr sein

Der Aufwand ist zu gross: Die Stadt Rorschach gibt ihr Energiestadt-Zertifikat nach 25 Jahren auf.

**Judith Schönenberger**

Seit einem Vierteljahrhundert ist Rorschach eine Energiestadt. Doch damit ist bald Schluss. Die Stadt verzichtet auf die Erneuerung des Zertifikats, die dieses Jahr nötig wäre. Das heisst es in einer Mitteilung. Das Label Energiestadt zeichnet Gemeinden aus, die sich im Bereich der Energie- und Klimapolitik überdurchschnittlich anstrengen. Alle vier Jahre muss das Zertifikat erneuert werden. Das spart sich Rorschach künftig.

Damit tut es die Stadt anderen Gemeinden gleich. Bütschwil-Ganterschwil verzichtete 2025 auf die Rezertifizierung, ebenso die vier Rheintaler Gemeinden Au, Widnau, Altstätten und Oberriet. Der Rorschacherberger Gemeinderat entschied schon 2023, die Auszeichnung aufzugeben. Grund war der erhebliche Aufwand, um die nötigen Daten für die Zertifizierung zusammenzutragen. Auch der Rorschacher Stadtrat habe sich die Frage gestellt, ob der finanzielle und personelle Aufwand weiterhin gerechtfertigt sei. Offenbar nicht.

### Budgetiertes Geld geht an PV-Förderung

Das Energiestadt-Label sei kein Treiber für zusätzliche Schritte in der Energiepolitik gewesen. «Das zeigt sich auch daran, dass der Erfüllungsgrad über die Jahre nur wenig gestiegen ist.» 2001 lag er bei 56 Prozent, 2022 bei 59,4 Prozent.

Der Seewasser-Wärmeverbund, das Konzept Tempo 30 oder Photovoltaik-Anlagen hätten den Erfüllungsgrad bei der Rezertifizierung dieses Jahr zwar ansteigen lassen, doch es gelte: «Der Stadtrat hat diese Massnahmen nicht mit Blick aufs Label beschlossen.»

Gemäss einer Offerte hätte die Rezertifizierung rund 20'000 Franken gekostet. Dieses Geld will der Rorschacher Stadtrat lieber in konkrete Massnahmen investieren, wie er schreibt.

Die budgetierten 25'000 Franken sollen für die Förderung von Eigenverbrauchsgemeinschaften von PV-Anlagen eingesetzt werden – vorerst befristet auf zwei Jahre. Der Stadtrat betont, dass der Austritt aus dem Energiestadt-Trägerverein keine Abkehr von der städtischen Energiepolitik sei.

### 487 Gemeinden tragen die Auszeichnung

Barbara Schwickert ist Co-Geschäftsführerin des Trägervereins Energiestadt. Sie sagt: «Energiestadt ist mehr als ein Label.» Der Verein biete nicht nur Vernetzung und Weiterbildungen an, sondern auch Produkte für die Mitglieder. Zum Beispiel das Netto-Null-Dashboard. Mit diesem Werkzeug können Gemeinden ihren Weg zum Ziel Netto-Null überprüfen.

2024 besassen 487 Gemeinden das Energiestadt-Zertifikat. Über ein Fünftel davon sogar die Auszeichnung Energiestadt Gold. Damit gehören sie zu den besten Energiestädten Europas. Während die Anzahl an Gold-Energiestädten stetig zugenommen hat, ist die Zahl «normaler» Energiestädte seit 2020 leicht gesunken.

## Berg will keine Steuerfusssenkung

**Berg** An der Bürgerversammlung in Berg haben 107 Stimmberechtigte teilgenommen, was einer Beteiligung von 15,4 Prozent entspricht. Sie genehmigten die Jahresrechnung 2025. Intensiver diskutiert wurden gemäss Mitteilung das Budget 2026 sowie der Steuerplan. Zwei eingereichte Anträge zur Finanzierung eines Aufwandüberschusses der Elektra in Höhe von 200'000 Franken wurden angenommen und ins Budget integriert. Im Fokus stand die vom Gemeinderat vorgeschlagene Steuersenkung um vier Prozentpunkte. Ein Gegenantrag auf Beibehaltung wurde deutlich angenommen, womit der Steuerfuss unverändert bei 123 Prozent bleibt. *(gk/woo)*